

Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Personal

am Donnerstag, dem 17.03.2011, 19:00 Uhr,

im Rathaus in Friedeburg

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Lotte Fischer, Marx (Vorsitzende)
Peter Assing, Friedeburg
Hermann Behrends, Hesel
Maike Eilers, Abickhufe
Johann Ennen, Horsten
Henning Heinz Hinrichs, Reepsholt
Traute Reuber, Friedeburg
Henning Weißbach, Wiesede
Klaus Zimmermann, Wiesedermeer

→ Vertreter der Verwaltung

GA Roland Abels, (zugleich Protokollführer)
GOAR Hans-Werner Arians,
Bürgermeisterin Karin Emmelmann,
GOI Nils Janßen,

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete um 19.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und begrüßte die Anwesenden, darunter zwei zuhörende Ratsmitglieder.

TOP 2: Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgemäß mit Schreiben vom 08.03.2011 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3: Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Die BM zog die Verwaltungsvorlagen zu TOP 5, 6 und 7 wegen der Verschiebung der Haushaltsplanberatungen 2011 zurück. Zu TOP 8 erfolge ein Bericht über den Sachstand und das weitere Verfahren zur Haushaltsplanberatung 2011. Hierzu habe die Verwaltung eine Tischvorlage erarbeitet.

Einschließlich der Änderungen wurde der öffentliche Teil der Tagesordnung einstimmig angenommen.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 4: Genehmigung der Niederschrift vom 09.02.2011 - öffentlicher Teil

Der öffentliche Teil der Niederschrift wurde mit 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen genehmigt.

Rh. Assing hat mit „Nein“ gestimmt.

TOP 5: Haushaltsplanberatung 2011 (Ausschuss für Bauen, Straßen und Feuerwehren)

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen (siehe TOP 3) und daher nicht behandelt.

TOP 6: Haushaltsplanberatung 2011 (Ausschuss für Bauleitplanung und Umweltschutz)

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen (siehe TOP 3) und daher nicht behandelt.

TOP 7: Haushaltsplanberatung 2011 (Ausschuss für Schulen sowie Kultur, Jugend, Sport und Soziales)

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen (siehe TOP 3) und daher nicht behandelt.

TOP 8: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 mit Investitionsprogramm und Stellenplan

Die BM erläuterte die in der Sitzung verteilte Tischvorlage (Drs. 2011-035/4).

Die Tischvorlage wurde ohne weitere Wortmeldung zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussempfehlung.

TOP 9: Nutzung der gemeindlichen Friedhofseinrichtungen - Gebührenkalkulation und Änderung Friedhofsgebührenordnung

GOAR Ariens erläuterte die Sitzungsvorlage (Drs. 2010-140/2). Nach Berechnungen der Verwaltung würden durch die vorgeschlagenen Gebührenanpassungen Mehreinnahmen von rd. 8.500 € jährlich erzielt werden. Hierdurch könne der Kostendeckungsgrad bei den Friedhofseinrichtungen um ca. 10 % gesteigert werden.

Rfrau Reuber hielt eine Erhöhung der Friedhofsgebühren für erforderlich, da der geringe Kostendeckungsgrad bereits mehrfach von der Kommunalaufsicht moniert worden sei. Hinsichtlich der Gebühr für die Nutzung der Totenkammern schlug sie eine tageweise Abrechnung vor, da dies gerechter wäre.

Rh. Behrends sprach sich aus Pietätsgründen gegen eine tageweise Abrechnung der Gebühren für die Benutzung der Totenkammern aus. Ansonsten könne er die vorgesehenen Gebührenanpassungen mittragen.

Rh. Ennen erkundigte sich, ob für die drei gemeindlichen Friedhöfe unterschiedliche Gebührensätze für die laufende Unterhaltung festgesetzt werden könnten. Er wies darauf hin, dass beim Waldfriedhof Friedeburg der Unterhaltungsaufwand durch die Blätterbeseitigung höher sei als bei den anderen Friedhöfen. GOAR Arians erklärte, dass eine getrennte Festsetzung zwar möglich, aber nicht praktikabel sei. Außerdem müsse dann eine erneute Gebührenkalkulation erfolgen.

Rh. Weißbach hielt eine getrennte Festsetzung der Friedhofsunterhaltungsgebühren und eine tageweise Abrechnung der Gebühr für die Benutzung der Totenkammern nicht für sinnvoll, da hierdurch ein höherer Verwaltungsaufwand entstehen würde.

Mit 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wurde folgender Beschluss gefasst:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

A) Gebührenkalkulation

1. Der Gemeinderat stimmt der ihm bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze vorgelegten Kalkulation der Gebühren des Friedhofs- und Bestattungswesens vom November 2010 zu.
2. Der Gemeinderat stimmt den in der Kalkulation der Gebühren des Bestattungswesens aufgenommenen Gebührentatbeständen (Grabarten, Benutzungen) zu.
3. Der Gemeinderat stimmt dem Bruttoverfahren als Abschreibungsmethode zu.
4. Der Gemeinderat stimmt den in der Kalkulation der Gebühren des Friedhofs- und Bestattungswesens enthaltenen Abschreibungssätzen und Zinssätzen sowie der Verzinsungsmethode zu.
5. Der Gemeinderat stimmt den Prognosen und Schätzungen, den Kostenzuordnungen in den einzelnen Bereichen des Friedhofswesens, wie der Grabnutzung, der Nutzung der Friedhofskapellen, der Nutzung der Totenkammern und der Nutzung der Glocken bzw. Glockenspielen zu.
6. Die Gemeinde Friedeburg unterhält auf ihrem Gemeindegebiet 3 Friedhöfe. Der Gemeinderat beschließt auch weiterhin einheitliche Gebühren zu erheben.
7. Die Gemeinde Friedeburg unterhält auf ihrem Gemeindegebiet 2 Friedhofskapelle und 4 Standorte von Totenkammern. Der Gemeinderat beschließt auch weiterhin einheitliche Gebühren zu erheben.
8. Im Ergebnis der „Gebührenkalkulation des Friedhofs- und Bestattungswesens“ werden die in der Gebührenkalkulation ermittelten Gebühren als kostendeckende Gebührenobergrenzen ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

B) Friedhofsgebührenordnung

Dem Entwurf des neuen Friedhofsgebührentarifs der Gemeinde Friedeburg als Bestandteil der Friedhofsgebührenordnung der Gemeinde Friedeburg vom 20.12.1973, zuletzt geändert am 24.06.2004, wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Nein“ gestimmt.

TOP 10: Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen/Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Friedeburg

GOI Janssen erläuterte die Sitzungsvorlage (Drs. 2011-044).

Rh. Assing war der grundsätzlichen Auffassung, dass Sitzungsgelder für Termine gezahlt werden müssten, die zu einer ordnungsgemäßen Ratsarbeit beitragen würden. Die Pauschalisierung der Fraktionssitzungsgelder hielt er aus Vereinfachungsgründen für sinnvoll. Eine Erhöhung der Sitzungsgelder sollte aber vermieden werden. GOI Janssen führte hierzu aus, dass der monatliche Pauschalbetrag unter Berücksichtigung der regelmäßig stattfindenden Fraktionssitzungen errechnet worden sei. Eine Erhöhung sei damit nicht verbunden. Die mit der

Kommunalaufsicht abgestimmte Satzungsänderung diene der Klarstellung, in welchen Fällen Sitzungsgelder gezahlt würden.

Rfrau Reuber fragte nach, warum über die Entschädigungsregelungen für das Jugendparlament hinaus eine Satzungsänderung erforderlich sei. Sie sprach sich gegen eine Pauschalisierung der Fraktionssitzungsgelder aus, da es ihres Erachtens gerechter sei, nach der tatsächlichen Teilnahme an Sitzungen abzurechnen. GOI Janssen erklärte, dass die Satzung im Zuge der Änderungen bezüglich des Jugendparlaments an die aktuelle Rechtsprechung angepasst worden sei.

Rh. Behrends erklärte, dass er die Satzungsänderung mittragen könne, sofern die Aufwandsentschädigungen insgesamt nicht erhöht würden. Des Weiteren erkundigte er sich, ob auch eine fraktionsweise Auszahlung der Sitzungsgelder möglich sei. GOI Janssen erklärte, dass ein solches Verfahren nicht zulässig sei, da jedes einzelne Ratsmitglied einen Zahlungsanspruch habe.

Rh. H. Hinrichs wies darauf hin, dass zum Beginn der neuen Legislaturperiode am 01.11.2011 eine erneute Satzungsänderung erforderlich werden könne. Rh. Zimmermann war der Ansicht, dass die vorgeschlagene Satzungsänderung vorgenommen werden sollte, da eine weitere Satzungsänderung nicht genau absehbar sei.

Mit 8 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wurde folgender Beschluss gefasst:

Dem VA wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Satzung zur 3. Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstausfall- und Auslagenentschädigung für Ratsfrauen/Ratsherren und ehrenamtlich tätige Personen in der Gemeinde Friedeburg in der Fassung des vorliegenden Entwurfs wird zugestimmt.

Rh. Assing hat mit „Ja“ gestimmt.

TOP 11: **Friedeburger Festival**

GOI Janssen erläuterte die Sitzungsvorlage (Drs. 2011-048).

Rfrau Eilers sprach sich gegen eine nochmalige Organisation des Friedeburger Festivals aus, da dies nicht originäre Aufgabe der Gemeindeverwaltung sei. Die Verwaltung sei im letzten Jahr eingesprungen, damit das Festival nicht ausfalle. Jetzt müsse die Organisation wieder von anderer Stelle wie z.B. vom Gewerbeverein oder anderen örtlichen Vereinen übernommen werden. Sie schlug vor, das Festival durch einen finanziellen Beitrag wie z.B. die Zahlung eines Defizitausgleichs zu unterstützen.

Rh. Assing schloss sich den Ausführungen von Rfrau Eilers an. Im Übrigen habe die Veranstaltung ihren ursprünglichen Charakter, als nur Vereine das Festival gestaltet hätten, verloren. Bevor die Gemeinde das Festival finanziell unterstütze, müsse der Gewerbeverein als vorheriger Organisator die Finanzen offen legen. Die Gemeinde habe das Festival seinerzeit mitfinanziert und müsse prüfen, ob dort noch Gelder für das Friedeburger Festival vorhanden seien. GOI Janssen stellte richtig, dass es seinerzeit zwar einen politischen Beschluss für einen Defizitausgleich durch die Gemeinde gegeben habe, dieser vom Gewerbeverein aber nie in Anspruch genommen worden sei.

Rfrau Reuber hielt den Fortbestand des Festivals für wichtig. Sie war der Meinung, dass es weiter versucht werden sollte, die Organisation an eine engagierte Gruppe zu übertragen. Sie regte an, durch eine Weiterentwicklung des Veranstaltungskonzepts, z.B. mit einem neuen Veranstaltungsnamen, wieder mehr Initiative in den Vereinen zu bewirken.

Die BM wies darauf hin, dass sich das Friedeburger Festival über viele Jahre einen Namen über die Gemeindegrenzen hinaus gemacht habe. Der Gewerbeverein würde derzeit ruhen, so

dass von hier eine Übernahme der Organisation ausgeschlossen sei. Die Vereine würden weiter in die Organisation eingebunden werden. Allerdings würde das Festival nicht stattfinden, wenn die Gemeindeverwaltung nicht die Federführung übernehme.

Nach Auffassung von Rh. Behrends sei das Friedeburger Festival ein Aushängeschild für die Gemeinde. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn das Festival nicht fortgeführt würde. Aktivitäten einzelner Personen und Gruppen, die sich mit kreativen Ideen wie zum Beispiel die Oldtimerschau für das Friedeburger Festival engagieren würden, seien lobenswert.

Der anwesende Ortsvorsteher Rickels plädierte für den Erhalt des Friedeburger Festivals. Es sei eine schlechte Werbung für Friedeburg, wenn es das Festival nicht mehr geben würde. Die Veranstaltung habe sich in mehr als 30 Jahren stetig weiter entwickelt, und mittlerweile gebe es auch eine gute Beteiligung der Vereine. Das Engagement der Verwaltung sei lobenswert.

Rh. Weißbach und Rh. H. Hinrichs regten an, die Sponsoring-Bemühungen zu verstärken.

Rfrau Eilers erklärte, dass es im Vergleich zu Veranstaltungen in anderen Ortschaften ein Armutszeugnis sei, wenn es die Ortschaft Friedeburg nicht schaffe, ein solches Fest zu organisieren. Die BM erwiderte, dass es anerkennenswert sei, dass in den kleinen Dörfern Ostfrieslands seit vielen Jahren Ortsfeste für und durch die dortige Bevölkerung organisiert und auf die Beine gestellt würden. Ungleich schwieriger sei es, ein Fest wie das Friedeburger Festival für das gesamte Gemeindegebiet und mit Ausstrahlung in die Region ohne kommunale Unterstützung am Leben zu erhalten. Sie merkte an, dass entsprechende Veranstaltungen in umliegenden Städten und Gemeinden mit einem wesentlich höheren Kostenbeitrag durch die Kommunen mitfinanziert würden als dies in der Gemeinde Friedeburg der Fall sei. Auch müsse bedacht werden, dass das Friedeburger Festival mit der Wahl des Burgfräuleins eine wichtige Werbung für die Gemeinde sei. Hierdurch würden Einnahmen an anderer Stelle wieder zurück in die Gemeinde fließen. Über das Kirchturmdenken und die ihres Erachtens kurzfristige Grundhaltung einiger Ausschussmitglieder sei sie maßlos enttäuscht.

Rh. H. Hinrichs regte an, zur Kostenreduzierung die Schule Altes Amt Friedeburg für Veranstaltungen im Rahmen des Friedeburger Festivals mitzunutzen. Die BM erklärte, dass die Nutzung der Schule grundsätzlich denkbar sei, aber die Lage abseits vom übrigen Veranstaltungsgeschehen ungünstig wäre.

Mit 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen wurde folgender Beschluss gefasst:

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Zugrundelegung der Kostenaufstellung für das Friedeburger Festival 2010 das diesjährige Friedeburger Festival zu organisieren.

Rh. Assing hat mit „Nein“ gestimmt.

TOP 12: **Verwendung des ehemaligen Orientierungsstufengebäudes**

GOI Janssen erläuterte die Sitzungsvorlage (Drs. 2011-049).

Rh. Assing vertrat die Auffassung, dass im Gemeindegebiet Grundschulen im Übermaß vorhanden seien. Im Hinblick auf sinkende Schülerzahlen würden die Grundschulen auf absehbare Zeit nicht mehr ausgelastet sein. Er verwies auf den Antrag der FWG-Ratsfraktion zur Einrichtung einer Grundschule im ehemaligen Orientierungsstufengebäude in Friedeburg.

Nach Ansicht von Rfrau Reuber wäre das Vorliegen eines Verkehrswertgutachtes für die Beratung hilfreich gewesen.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussempfehlung.

TOP 13: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher Teil

Hierzu erfolgte kein Bericht.

TOP 14: Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Rfrau Eilers erkundigte sich, ob der Gemeinde Friedeburg beim Ankauf von Feuerwehrfahrzeugen durch unzulässige Preisabsprachen ein finanzieller Schaden entstanden sei. GOAR Arians erklärte, dass das Bundeskartellamt gegen einige Anbieter von Feuerwehrfahrzeugen wegen Preisabsprachen vorgehe. Ob für die Gemeinde Friedeburg ein Schaden entstanden sei, werde derzeit geprüft. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund würde die Gemeinden bei der Feststellung und Durchsetzung etwaiger Schadenersatzansprüche unterstützen.

Rfrau Reuber bedankte sich bei der Verwaltung für die Entfernung eines schadhafte Schildes an der Friedeburger Hauptstraße. Des Weiteren wies sie auf den ungepflegten Zustand des Ehrenmal-Grundstücks an der Friedeburger Hauptstraße hin.

TOP 15: Schließung der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.25 Uhr.

Der Vorsitzende schloss um 20:50 die Sitzung.

Vorsitzender

Bürgermeisterin

Protokollführer